

# Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

Beilage

BEILAGE ZUR AUSGABE 4 · 2006 VOM 31. MÄRZ 2006 · ANLÄSSLICH DES WELTWASSERTAGES AM 22. MÄRZ

Für die Inhalte dieser Beilage zeichnen ausschließlich Johannes Madeja und Helmut Braunschweig von der Allianz freier Wähler (AfW) Barnim verantwortlich.

Beilagen für Vereine, Gruppen etc. sind ein Service der »Barnimer Bürgerpost«.

## Wir brauchen ein neues Wasserbewußtsein

Wir brauchen dringend ein neues Wasserbewußtsein, damit uns niemand »das Wasser abgeben« und »an den Tropf hängen« kann. Das sollen die »Wasserköpfe« und »Brunnenmännchen« der Monopole ruhig wissen. Die Allmende beziehungsweise das Gemeingut Wasser steht nicht als »warmer Regen« der »Gewinnausschüttung« für »untergetauchte« global tätige »Wasserpanscher« zu Verfügung!\*

Diesem Zitat kann man nur hinzufügen: das Menschenrecht auf Wasser, der Urquell aller Kulturen seit undenklichen Zeiten, kann und wird nicht dem neoliberalen Wasser- und Abwassermarkt geopfert werden, nur um einigen hart gesotenen politischen Spitzen das Leben zu retten.

Die Sonderstellung der Ressource Wasser ergibt sich allein daraus, das sie eine nicht ersetzbare Grundlage allen Lebens bildet. Für den Menschen ist Wasser wichtigstes Lebensmittel. Da er es zur Befriedigung lebensnotwendiger Bedürfnisse wie Trinken, Essenzubereitung und Hygiene benötigt, braucht er es in guter Qualität und zu vernünftigen Konditionen. Darüber hinaus hat die Wasserwirtschaft aufgrund ihrer engen Verflechtung mit dem natürlichen Wasserkreislauf überragende Bedeutung und als vom Menschen für den Menschen geführte Einrichtung eine hohe Verantwortung für den Umweltschutz und das öffentliche Gut Umwelt.

Dieser Sonderstellung der Ressource Wasser und der daraus resultierenden Notwendigkeit einer demokratischen(!) Kontrolle werden heute »Effizienzargumente« entgegengesetzt.

Die Argumentation der Befürworter einer Umstrukturierung (sprich: Privatisierung) des Wassersektors verläßt selten die ökonomische Ebene. Nun mag die unter finanziellen Nöten leidende öffentliche Hand ja kurzfristig durch solcherlei Umstrukturierungen etwas »Luft« bekommen. Aber das »dicke Ende« für den Verbraucher, wie es nun schon mehrfach (Berliner Wasserwerke, Hamburger und Braunschweiger Wasserwerke, London mit RWE u.v.a.m) sichtbar wurde, folgt auf dem Fuße, nämlich dann, wenn der Gewinn (Profit) nicht mehr stimmt. Die ganze Last wird in diesem Moment mehr oder weniger direkt oder über die Zwischenstufe Steuer- oder Gebührenbelastung auf den einfachen Bürger abgewälzt.

Profiteure bleiben die insolventen Privatunternehmen, Banken, Berater und inzwischen in die sichere Pension abgestiegenen Politiker, die wissend (verblümt) oder kurzsichtig die Menschen in diese Situation gebracht haben.

Nicht zuletzt deshalb heißt es in der »Erklärung von Porto Alegre zum Wasser«:

**Punkt 4)** Wasser ist wesentlich für die Sicherung unserer Gemeinschaften und Gesellschaften. Aus diesem Grund gehören Besitz, Kontrolle, Verteilung und Verwaltung in die Hände der Öffentlichkeit.

**Punkt 5)** Der öffentliche Sektor ist per Gesetz und Verfassung vorgesehen und beauftragt, das öffentliche Interesse zu vertreten. Der Private Sektor kann nicht mit den Interessen der Öffentlichkeit betraut werden.

**Punkt 6)** Bürgerinnen und Bürger müssen bei der Gestaltung der öffentlichen Politik im Zentrum der Entscheidungsprozesse stehen, die ihr Leben so fundamental beeinflussen wie die Kontrolle über das Wasser auf lokaler, internationaler und globaler Ebene

**Punkt 7)** Die Verwaltung des Wassers muß dem Grundsatz der sozialen Gleichberechtigung in Bezug auf Geschlecht, öffentliche Gesundheit und Umwelt verpflichtet sein.\*\*

Auf unsere Situation im Barnim und ganzen Land Brandenburg angewandt heißt das, wegzukommen von dem in allen etablierten Parteien verbreiteten Postulat der »Sachzwänge« und endlich eine politische Situation zu schaffen, die die ungesunde Schuldensituation der Zweckverbände beseitigt.

Die Zweckverbände müssen das bleiben, wozu sie ursprünglich geschaffen wurden: Dienstleistungsbetrieb im öffentlichen Bereich zur Gewährleistung einer optimalen Wasserversorgung und soweit erforderlich Wasserentsorgung.

HELMUT BRAUNSCHWEIG  
Allianz freier Wähler

\* Heringer, J. (2003): Quelle der Kultur. In: Wasser- Grundrecht oder großes Geschäft. Politische Ökonomie 80, Januar 2003, S.11

\*\* Aus der Erklärung des »Zweiten Weltsozialforums von Porto Alegre«, Brasilien, Februar 2002.



Wasser, unser wichtigstes Lebensmittel, darf nicht Handelsobjekt neoliberaler Interessengruppen werden.

Wie können breiteste Bevölkerungsgruppen für die Verhinderung einer Kommerzialisierung des Wassermarktes mobilisiert werden?

Über diese und weitere aktuelle Themen zum Umgang mit Wasser diskutierten Johannes Madeja, H. Braunschweig (beide BKB/AfW) und DieterKorte (Ver.di) mit 20 geladenen Gästen zum Welttag des Wassers am 22. März im ev. Gemeindezentrum im Brandenburgischen Viertel.

Interessantes aus alten Zeitungen zum Thema Wasser und Abwasser in Eberswalde

# Heute: Aus der Anfangszeit des ZWA Eberswalde

Das ist mir zunächst die MOZ vom 11. März 1992 in die Hände gefallen. Auf der Seite 15 des Oberbarnim-Echos lautet die Überschrift in dicken Lettern: Bis 1995: Abwassernetz komplett. Es ist zu lesen, daß sich der Eberswalder Zweckverband am 10. April 1991 gegründet hat. Er sei ein Modell mit der modernsten Kläranlage im Land Brandenburg. Im ersten Jahr seines Bestehens wurden 35 Millionen DM investiert (aus heutiger Sicht überwiegend fehlinvestiert). Gebaut wurden in erster Linie Abwasserdruckleitungen von Finowfurt, Lichterfelde, Tornow/Sommerfelde, Niederfinow und Sandkrug. 1992 soll es mit erhöhtem Tempo weitergehen, d.h. 50 Millionen DM sollen »investiert« werden. Auf einer Karte des Altkreises Eberswalde ist eingezeichnet, wo weitere Leitungen verbuddelt werden sollen. Ziel: 1995 ist alles fertig – unter flächendeckender Einbeziehung auch ganz kleiner Gemeinden. (Dieses Ziel wurde nie erreicht, heute distanziert man sich davon.)

Die Rückfinanzierung der Kredite erfolgt nach dem Solidarprinzip – also für alle Gemeinden gleich – über Gebühren. So steht es gedruckt.

Wie das konkret aussehen soll, das habe ich im »Eberswalder Sonntag« vom 3. Dezember 1995 gefunden. Zu dieser Zeit hätte ja das Abwassernetz komplett sein sollen. Eine solche Überschrift habe ich aber vergebens gesucht. Statt dessen heißt es unter der Überschrift: »ZWA: Das kostbare Naß wird noch teurer«, daß die gute Zusammenarbeit des ZWA mit dem Kreis 1994 abrupt abgebrochen ist. Der zuständige Umweltdezernent kritisiert, daß die Kreditbelastung in Höhe von 313 Millionen DM »problematisch« sei. Der Verband will seine finanzielle Situation durch Erhebung von Erschließungsbeiträgen und Anschlußgebühren verbessern und darüber hinaus sollen auch die Grundgebühren kräftig steigen. Da wollen aber die Bürgermeister, u.a. auch der von Eberswalde, nicht mitspielen. Schließlich ist er an einen entsprechenden Beschluß der Stadtverordnetenversammlung gebunden. (Das hatte aber keine Bedeutung, er ist, wie alle seine Kollegen in der Versammlung – später umgefallen.)

Ein Kreistagsabgeordneter vom Bündnis Barnim – der Partei, der damals der Umweltdezernent angehörte – bezeichnete die Versammlung des ZWA als »versammelte Inkompetenz«.

Dazu konnte ich dann in der gleichen Zeitung vom 10. Dezember unter der Überschrift: Krisensitzung im Rathaus lesen, daß die Wirtschaftsprüfer schwere Vorwürfe gegen die ZWA-Führung erhoben haben. Da ist davon die Rede, daß es »auftragsgemäß« nicht um die Aufdeckung von Veruntreuungen ging, daß

Auskünfte zu bestimmten Fragen nicht erteilt wurden, daß geprüfte Buchungen »schwer nachvollziehbar« seien und daß der Jahresabschluß 1993 erhebliche Mängel aufweist. Die Meinungsunterschiede zwischen dem Prüfer und den Organen des geprüften Unternehmens führten schließlich dazu, daß die Prüfer dann vom Vorstandsvorsteher Dieter Ehm abberufen wurden.

Das Prüfergebnis ist diesem aber wohl selbst auch nicht gut bekommen, denn bereits eine Woche später, am 17. Dezember, war unter der Überschrift: »ZWA vor dem Ende« vom geplanten Sturz des Vorstandsvorstehers zu lesen. (Der ist dann auch prompt wenig später zurückgetreten, wie wir wissen)

Die einzige Möglichkeit, Geld in die leeren Kassen zu bekommen, sei eine Umlage-Erhebung von den ZWA-Mitgliedsgemeinden. Aber diese Möglichkeit schien es nicht zu geben. Der Landrat hatte angekündigt, daß er einen Wirtschaftsplan, der Umlagen für die Gemeinden beinhaltet, nicht genehmigen werde. (Das war aber nur Theaterdonner, er hat es doch getan!) Was nun ZWA? Dazu ist zu lesen: »Angesichts der aussichtslosen Situation sieht man offenbar in der Erklärung der Zahlungsunfähigkeit den einzigen Ausweg.«

Dieser Zeitungsausflug in die Vergangenheit war sicher interessant – jedenfalls für mich. Deshalb wollte ich Sie daran teilhaben lassen. Angesichts der wirklichen Entwicklung in den seitdem vergangenen zehn Jahren war er wohl auch etwas ernüchternd, um nicht zu sagen grausam.

Ich will die Sammlung von Grausamkeiten aus vergangenen Jahren – die gleichwohl heute noch wirken – mit einer kleinen Tabelle abschließen, die einen Vergleich zwischen den ab 1.1.96 geplanten (und so erhobenen) und den z.Zt. geforderten Gebühren erlaubt.

Zwischenzeitlich waren auch für Gruben, Kleinkläranlagen und andere Wasseraufbereitungsanlagen Grundgebühren gefordert worden. Im Ergebnis hunderter Klagen wurde diese (voraussichtlich rechtswidrige) Forderung auf entspr. Hinweis des Gerichts an den Anwalt des Zweckverbandes ab 2002 fallengelassen.

Die Bereitstellungsgebühr für Trinkwasser vor 1996 betrug 3,50 DM/mon für einen Zähler Qn 2,5. Die drastische Erhöhung war Anlaß für hunderte von Widersprüchen und schließlich Klagen vor dem VG Frankfurt. Jedes Jahr kommen einige hundert dazu. Bis heute ist zu keiner einzigen Klage verhandelt worden und es gab noch kein einziges Urteil. Das Gericht ist jetzt bemüht, die Kläger, also die betroffenen Bürger zur Annahme eines Vergleichsvorschlages des ZWA zu bewegen. So viel zu den Gebühren seit 1995/96, ein (leider) hochaktuelles Thema.

Wir erinnern uns noch an die Aussage des vormaligen Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg in seiner Rede in Eberswalde, in der er 10 DM/m<sup>3</sup> Wasser + Abwasser als absolute Schmerzgrenze bezeichnete. Wenn das die Schmerzgrenze war, dann sind wir alle lange tot!

Aus heutiger Sicht wäre noch anzumerken: Der ZWA Eberswalde wurde nicht gegründet, jedenfalls nicht als Körperschaft des öffentlichen Rechts, nicht am 10.04. 1991 und auch nicht danach oder davor. Es gibt keine Gründungsdokumente, Beitrittserklärungen, Beschlüsse oder gar eine Eröffnungsbilanz. Aufgrund eines sog. Feststellungsbescheids des Landrats wird er mit dem 22.11.1992 als »gebildet« angesehen. Allein die Teilnahme der Vertreter der einzelnen Gemeinden an den Versammlungen des - nach äußerem Schein rechtsgültig bestehenden - Verbandes gilt als »Vollzug des Beitritts« zu diesem Verband.

Natürlich stellt sich die Frage, wer in den Jahren 1991 und 1992 investiert - wie wir heute wissen überwiegend fehlinvestiert - hat. Hier spielt die Gründung eines Vereins ähnlichen Namens als Körperschaft des privaten Rechts eine Rolle, der auch im Vereinsregister eingetragen war, dessen Gründung die damaligen Akteure und Verantwortlichen heute nicht mehr wahr haben wollen.

Ich werde weiter in alten Zeitungen stöbern und Sie in der nächsten Ausgabe daran erinnern, wie das mit den Erschließungsbeiträgen und Anschlußkosten war – und heute ist.

JOHANNES MADEJA

	Bereitstellungsgebühr je Anschluß QN2,5		Verbrauchsgebühr	
	1996 DM/mon	2006 EUR/mon	1996 DM/m <sup>3</sup>	2006 EUR/m <sup>3</sup>
Trinkwasser	15,00	7,67 (15 DM)	2,26	0,97 (1,90 DM)
Abwasser (Kanal)	10,00	12,27 (24 DM)	8,50	6,80 (13,32 DM)
Abwasser (Grube)	-	-	8,50	9,25 (18,12 DM)
Klärschlamm	-	-	18,49	39,90 (78,16 DM)

Informationsveranstaltung des ZWA Eberswalde am 19.8.1997 im »Haus Chorin«

## »Bürger des Umlandes werden sich wehren«

Da saßen sie nun im Tagungspräsidium, die Damen Bierwirth (SPD/MdL) und Scheiper (MI), die Herren Dr. Grunert und Kikow (SPD/MdL), Lieber (MI), Schulz (Bgm. Eberswalde), Engel (i.V. Landrat), Kriewald (Vors. StVV Ebw.), Rainer Schneider (amt. Verbandsvorsteher), Dr. Rindfleisch (Wirtschaftsprüfer) und Rolf Schneider (Bgm. Joachimsthal) und waren allesamt fröhlich und guter Dinge, ganz besonders Frau Bierwirth.

Warum freuten sie sich eigentlich so? War es darüber, daß sie für nichts verantwortlich sind? Oder darüber, daß sie sich nichts einfallen lassen müssen? Oder über ihre Gehälter und Pensionen? Oder nur über das schöne trockene Wetter, bei dem immer noch Leute ihren Rasen mit Trinkwasser sprengen?

Wie dem auch sei: »Informieren« wollten sie, über »Konsequenzen«, und »Problemdiskussion machen« und hatten allesamt nur eine einzige, die seit Jahren gleiche Botschaft: Wenn die nächste Verbandsversammlung (12. September '97) der abermaligen Gebührenerhöhung nicht zustimmt, dann wird es teuer für die Bürger und die Kommunen, das Wasser und das Abwasser. Dann ist nämlich die in Aussicht gestellte Liquiditätshilfe vom Land in Gefahr (Lieber) und es gibt keinen Grund, die für 1996 bereits ausgereichten Mittel nicht wieder zurückzufordern (Scheiper).

Zwar ist der Verband infolge Überschuldung in seiner Handlungsfähigkeit eingeschränkt, 1996 hat er gar 3,6 Mio DM Verlust eingefahren (Dr. Rindfleisch), weil die Bürger zu wenig Wasser verbraucht haben (!), aber er ist zu retten (Rainer Schneider). Natürlich müssen das die Bürger tun, indem sie vor allem dafür zahlen, daß der ZWA seine Zins- und Tilgungsverpflichtungen erfüllen kann.

Mit vielen sehr klein geschriebenen großen Zahlen hat man dann versucht, dem staunenden Auditorium zu erklären, daß die Gebühren im ZWA immer noch im »unteren Bereich« liegen... Die Ursachen für die Misere wurden tunlichst totgeschwiegen – nur ja keine Schuldzuweisungen! Schon gar nicht an die Banken! Nichts von Fehlentscheidungen, nichts von Vernachlässigung der Aufsichtspflicht, von fehlender Kontrolle und Täuschung der Bürger! Entsprechende Äußerungen (Jänicke, Dobberstein) sind nichts weiter als »Polemik« (R. Schneider). Die Forderung gar nach einem Vergleichsverfahren für kommunale Zweckverbände ist geradezu »kontraproduktiv« (Lieber), denn sie riskiert den »Tod des Kommunalkredits« und das würde am Ende noch einmal teurer für die Bürger. Ob die Bürgermeister sich von solchen Äußerungen einwickeln lassen?

Konkrete Fragen wie etwa: Was passiert, wenn die 80%-ige Grundgebührenerhöhung bei Abwasser nicht beschlossen wird? (Wiesegart) Wo ist die Gebührenschaube zu Ende?

Die Bürger im Altkreis Eberswalde, besonders im Finowtal, begannen 1994, sich in mehreren Bürgerinitiativen für sozialverträgliche Wasser- und Abwassergebühren zu organisieren. Es gab regelmäßige Treffen der mittlerweile acht Initiativen in Eberswalde bei der Gewerkschaft, es gab gemeinsame Aktionen und auch erste Erfolge. Schließlich war die Zeit reif für einen organisatorischen Zusammenschluß. Das passierte Ende 1997 mit der Gründung der Bürgergemeinschaft Kommunalabgaben Barnim. Angesichts des Wachstums und der immer besseren Abstimmung in der Bürgerbewegung machte sich in den Amtsstuben und im Zweckverband erhebliche Unruhe und Unsicherheit breit. In dieser Zeit gab es eine steigende Zahl von Aktivitäten beider Seiten und eine rege Berichterstattung in der Presse – allerdings überwiegend einseitig aus Sicht der Verwaltung der Ämter und des Kreises. Daran hat sich ja bis heute nichts geändert. Eine Veranstaltung im Haus Chorin mit hochrangiger Beteiligung von Vertretern der Landesregierung war Höhepunkt und vorläufiger Abschluß der Bemühungen, die verfahrenre Situation in den Griff zu bekommen. Wie wir heute wissen ohne Erfolg. Das war wohl auch der Grund dafür, daß darüber in der Presse nicht viel zu lesen war. Auch die folgende Nachbetrachtung aus Sicht der BI in Finowfurt hat die lokale Presse nicht abgedruckt (was nicht ganz stimmt, denn in der BBP 9/1997 auf Seite 4 findet sich dieser Beitrag – BBP). Ich wollte Ihnen das Geschriebene nicht vorenthalten, obwohl es fast zehn Jahre alt ist.

JOHANNES MADEJA

Gegenüber dem 1997 abgedruckten Original mußten aus Platzgründen diesmal einige Passagen gekürzt werden

(Tillmann, Finowfurt) Wo sollen Arbeitslose das Geld denn hernehmen? (Künkel, Lichterfelde) Was wird konkret getan, um die Kosten zu reduzieren? Beispiel: 1700 Haushalte sind verrohrt, aber nicht an das Abwassernetz angeschlossen! (Sdunek, Tempelfelde) Wer zieht diejenigen zur Verantwortung, die falsche Gebühren und Anschlußkostenfreiheit versprochen, gleichzeitig jedoch ihre Kontroll- und Aufsichtspflichten vernachlässigt haben? (Dobberstein, Sommerfelde) Was hat es mit Solidarität zu tun, wenn von Klobbicke -Tuchen 492,- DM Umlage je Einwohner gefordert werden, Eberswalde jedoch nur 50,- DM je Einwohner zahlt? (Wagner, Tuchen-Klobbicke) wurden teilweise überhaupt nicht zur Kenntnis genommen, geschweige denn beantwortet.

Es gab überhaupt keine befriedigenden Antworten sondern nur eine einzige Antwort auf fast alle Fragen: In jedem Fall muß der Bürger zahlen, egal ob in Form von Gebühren, Beiträgen, Umlagen oder Steuern (Lieber). Die verhängnisvollen Folgen der hohen Kreditaufnahmen, ohne jegliche Bonitätsprüfung und Nachweis der wirtschaftlichen Tragfähigkeit der Projekte (!), habe man zu spät erkannt, aber in fünf Jahren könne der Verband »gesund« sein; diese Vision erfülle ihn mit Hoffnung. Zu die-

sem Verband gäbe es keine Alternative (Engel)... Auch Drohungen mit dem Staatsanwalt blieben nicht aus, gegen diejenigen, die »ein Loch in ihre Grube bohren«, die »den Schieber ziehen« oder »sich illegal anschließen«. Und dann sind da noch die, die weniger als 50 l Wasser am Tag verbrauchen – das sind diejenigen, die sich (angeblich) illegal privat versorgen und die »auf Kosten anderer leben«... Gegen solche Leute möchte der ZWA vorgehen, »durchgreifen« (!) und fordert vom Land sogar entsprechende zusätzliche gesetzliche Regelungen (R. Schneider).

Gleichzeitig sehen sich die Herren des ZWA jedoch außerstande, echte Gebührenreserven z.B. durch Inbetriebnahme bereits vorhandener Kanäle zu erschließen und haben dafür auch gleich die Schuldigen zur Hand: Kreistagsabgeordnete, welche dem ZWA die Investpauschale verweigern und natürlich die Bürger, die auf der ihnen verbrieften Anschluß- und Erschließungskostenfreiheit bestehen...

Inzwischen fehlte nicht mehr viel an 22.00 Uhr und Herr Schneider brach die Veranstaltung, die ja keine »Vergatterung« sein sollte, kurzerhand ab.

**Ergebnis:** Das Ziel des Veranstalters, die »Konsequenzen« sind nicht so sehr klar geworden. Da wird man wohl noch einiges tun müssen, um die vorbereiteten Beschlüsse für die Ausplünderung der Bürger in Sack und Tüten zu bekommen. Da die Mieter in großen Wohnblöcken von den Grundgebühren nicht so stark betroffen sind, wird wohl die Stadt Eberswalde dafür stimmen, das sind dann bereits 50%, und die Mehrlasten werden in erster Linie von den Bürgern des Umlandes getragen wie der Bürgermeister von Melchow in der Aussprache zutreffend festgestellt hatte.

**Problem:** Die Bürger des Umlandes werden das nicht tun! Sie werden erst einmal ihre Widersprüche gegen die vorangegangene Gebührenerhöhung beim Verwaltungsgericht durchsetzen. Sie werden noch mehr Wasser sparen und teilweise - wo es möglich ist - auf die Dienste des ZWA ganz verzichten. Der ZWA wird dann nachträglich feststellen, daß er wieder einmal falsch kalkuliert hat und - wetten? - es fällt ihm dann nichts anderes ein als wiederum eine Gebührenerhöhung, vielleicht sogar schon in einem halben Jahr!

**Fazit:** So läßt sich also das Problem nicht lösen! Das müssen ja auch die Damen und Herren im Präsidium nicht tun! Sie können weiter fröhlich und guter Dinge sein - bis zur nächsten Ohrfeige vom Verwaltungsgericht und bis zu den nächsten Wahlen. Ob sie es dann auch noch sind?

JOHANNES MADEJA

Die Bemerkungen aus heutiger Sicht von J. Madeja finden hier leider keinen Platz mehr und werden in der nächsten BBP nachgeholt.

## Alle Macht geht vom Volke aus Tut sie das wirklich?

In der jüngsten Vergangenheit mußten wir mehrfach feststellen, daß durchaus Zweifel angebracht sind, ob dieser Satz aus dem Grundgesetz noch gilt. Wir erleben die Gewalt der Behörden und Gerichte in Form von Drohungen, Einschüchterungsversuchen, Zwangsgeldverfahren und Erpressungsversuchen. Jetzt sind noch Hausfriedensbruch und die Androhung von Erzwingungshaft dazu gekommen. Hilferufe, bis hinauf zum Bundespräsidenten werden ignoriert.

Wenn wir uns der Sache nicht selbst annehmen, ein anderer tut es nicht für uns. Alle unsere Aktionen, die häufig nicht das Wohlwollen der Regierenden finden, haben nur Erfolg, wenn wir viele sind. Einer allein schafft gegen die Übermacht der Ämter gar nichts.

Die ständige Auseinandersetzung mit den von Ämtern und Behörden bewußt falsch interpretierten Gesetzen und Vorschriften sind die Ursache der unendlich vielen Klagen und Prozesse vor Gericht.

Jede von Bürgern vor dem Gericht gewonnene Klage wird vom Zweckverband in der Öffentlichkeit bagatellisiert und zum Anlaß genommen, neue noch dichter gestrickte Satzungen zu erlassen, die von der Dienstaufsichtsbehörde, dem Landratsamt, bestätigt, Gesetzeskraft bekommen. Es ist Absicht, die Vorschriften in einem für den normalen Bürger unverständlichen Deutsch zu verfassen. So wird er unmündig gemacht und kann von seinem Recht der demokratischen Mitbestimmung, die für Regierende sehr hinderlich ist, nur schwer Gebrauch machen.

Der ständig zunehmende Druck auf den Bürger durch entwürdigende Anwendung von Gesetzen durch staatliche Organe (Vollstreckungsbehörden, Polizei, Verfassungsschutz und andere) läßt viele ängstlich zurückschrecken, sich zu engagieren, weil sie damit rechnen müssen, ins soziale Elend gestürzt zu werden. In diesem Zusammenhang hat sich in unserer Gesellschaft eine verheerende Unmoral ausgebreitet, wonach alles nur noch nach Geld bemessen wird. Nicht die Vernunft, sondern der Kommerz und die Angst, vom Wohlstand Abschied nehmen zu müssen, bestimmen jegliches Handeln.

In unserer Veranstaltung zum Welttag des Wassers am 22. März 2006 sind die dargestellten Positionen wiederholt zum Ausdruck gekommen: Um unser Wasser müssen wir uns selber kümmern – auch in Zukunft!!!

Wasser in Bürgerhand! Das ist Macht in Bürgerhand und da gehört sie hin.

HELMUT BRAUNSCHWEIG

### Barnimer Bürgerpost abonnieren!

Tel.: 03334/356542 (nach 18 Uhr)

Fax: 01805/55 122 611 60

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

## Warum wir den Welttag des Wassers begehen

Im September 2000 verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs von 150 Ländern die sog. Millenniumserklärung. Zu den Millenniumszielen gehört u.a. die Halbierung der Zahl der Menschen, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben, bis 2015, d.h. Wasser für 500 Millionen Menschen in den nächsten nur noch neun Jahren. In Afrika hat nur jeder vierte Zugang zu sauberem Wasser.

Ein weiteres Ziel ist es, die Zahl der Menschen zu verdoppeln, die Zugang zu sanitärer Versorgung haben. Derzeit haben 2,4 Milliarden Menschen keinen solchen Zugang, in Afrika 87 % der Bevölkerung. Fachleute sind sich darüber einig, daß diese Ziele in der vorgegebenen Zeit nicht erreichbar sind. Das sind bedrückende Aussichten... An jedem Tag sterben auf der Erde 6000 Kinder an schmutzigem Wasser und mangelhaften sanitären Einrichtungen. So sieht es auf der Welt aus.

Wir leben in Deutschland, im Land Brandenburg, im Landkreis Barnim. Wir haben auch Probleme mit dem Wasser – aber andere.

Wir haben Zugang zu sehr gutem Trinkwasser, Wasser aus Tiefbrunnen, das in den tiefen Bodenschichten seit mehreren hundert Jahren gespeichert ist, sog. fossiles Wasser. Das muß man nicht erst aufbereiten. Das ist Trinkwasser bester Qualität. Unsere Wasserwerke müssen es nur fördern und ins Leitungsnetz einspeisen.

Jeder Mensch benötigt zwischen 20 und 50 Liter sauberes Wasser für den täglichen Bedarf. Wir verbrauchen aber durchschnittlich 80 Liter. Unser größter Wasserversorger im Kreis, der ZWA Eberswalde, wirbt dafür, den Wasserverbrauch deutlich zu erhöhen. Wir sollen möglichst zweimal am Tag duschen und den Garten reichlich mit Trinkwasser sprengen. Es ist so reichlich Wasser da, daß es auch für unsere Enkel noch reicht. So konnten Sie es im Amtsblatt 7/05 lesen. Ich war überrascht, daß diese Anzeige offenbar niemanden im Kreis gestört hat. Ich habe keinen einzigen Leserbrief dazu gefunden, nicht einmal meinen eigenen.

Brandenburg gilt als sehr wasserreiches Land. Wir haben aber die geringsten Niederschläge in Deutschland. Bei uns fallen jährlich nur ca. 550 mm Regen und es wird noch weniger. So haben es die Wissenschaftler des Potsdam Instituts für Klimafolgenforschung ausgerechnet. Gleichzeitig steigt die Jahresmitteltemperatur. Es verdunstet mehr Wasser als Regen fällt. Die Folge ist, daß unsere Seen austrocknen, sich kein neues Grundwasser bildet – das gilt besonders für die Kiefernwälder, die wir reichlich haben – und der Grundwasserspiegel ständig sinkt. In der Schorfheide sind das bis zu 7 cm pro Jahr. Die Pinnowseen sind heute nur noch halb so groß wie vor 50 Jahren.

Aber es ist nicht das Klima allein, das dem Grundwasser zu schaffen macht. Es ist vor allen Dingen der Mensch. Entwässerungssysteme, die vor Jahrzehnten, vor Jahrhunderten angelegt wurden, um das Sumpfland Branden-

burg urbar zu machen, entwässern immer noch, obwohl das Wasser heute besser festgehalten werden müßte.

Und nicht nur die Maßnahmen der weit zurückliegenden Vergangenheit kosten uns Wasser. 1991 wurde im Altkreis Eberswalde begonnen, ein flächendeckendes Kanalnetz für Abwasser zu bauen. Auch nach den bereits damals vorhandenen Kenntnissen war dieses Projekt das, als was wir es heute sehen: eine gigantische Fehlinvestition. Obwohl das Netz nicht fertig wurde, realisiert uns der ZWA mit seinen Anlagen einen Wasserverlust von knapp gerechnet 2 Millionen m<sup>3</sup> Wasser im Jahr, die wir über den Finowkanal in die Oder und die Ostsee ableiten. Dieses Wasser mit den darin enthaltenen Nährstoffen brauchen wir ganz dringend für unser Land, für unseren Boden und nicht zur Überdüngung der Ostsee.

Die Europäische Union hat erkannt, daß es auch in Europa massive Wasserprobleme gibt... Es ist kennzeichnend für das Verhältnis unserer Landesregierungen zum Medium Wasser, daß die EU-Richtlinien regelmäßig mit großer Verzögerung ... in Landesrecht übernommen wurden, aber auch nicht vollständig. So fehlt im Landesrecht der Grundsatz, daß Wasser keine übliche Handelsware ist, sondern ein ererbtes Gut, das zu schützen und zu bewahren ist...

Überall dort, wo von Banken gesteuerte Geschäftemacher am Werk sind, gleichgültig ob private Konzerne oder öffentlich-rechtliche Monopolisten, ist das Wasser nicht Gemeingut sondern Geldquelle zu Lasten der Menschen. Damit ist ganz klar, daß Privatisierung und Liberalisierung keine Lösungen sind...

Wir sagen: Wasser in Bürgerhand! Wir wissen, daß jeder Bürger, der Wasser sparsam verwendet, wer mit Wasser nachhaltig umgehen will, politisch, wirtschaftlich und ökologisch richtig handelt. Das ist aber nicht gut für das Geschäft mit dem Wasser. Dafür bekommt er den erbitterten Widerstand der Behörden als Handlanger der Geschäftemacher schmerzhaft zu spüren.

JOHANNES MADEJA

(nach einem Kurzvortrag am 22.3.2006 im ev. Gemeindezentrum, Brandenburgisches Viertel)

## impressum beilage

**herausgeber:** Barnimer Bürgerpost e.V.  
**Vi.S.d.P.:** Johannes Madeja  
**telefon/fax:** (0 33 35) 31 2 34  
**anschrift:** Walzwerkstr. 85, 16244 Finowfurt  
**realisation:** Barnimer Bürgerpost  
**fotografie:** Albrecht Triller  
**satz:** Gerd Markmann  
**drucker:** PS-Verlag · (0 33 34) 59 351  
**Beilagenredaktions-schluß:** 25. März 2006

Die Inhalte der Beiträge dieser Sonderbeilage liegen außerhalb der Verantwortung des Barnimer Bürgerpost e.V.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 22.3.2006, 12 Uhr.